



Akzeptanz der Marktwirtschaft: Einkommensverteilung, Chancengleichheit und die Rolle des Staates

Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWi
Pressekonferenz 6. November 2009

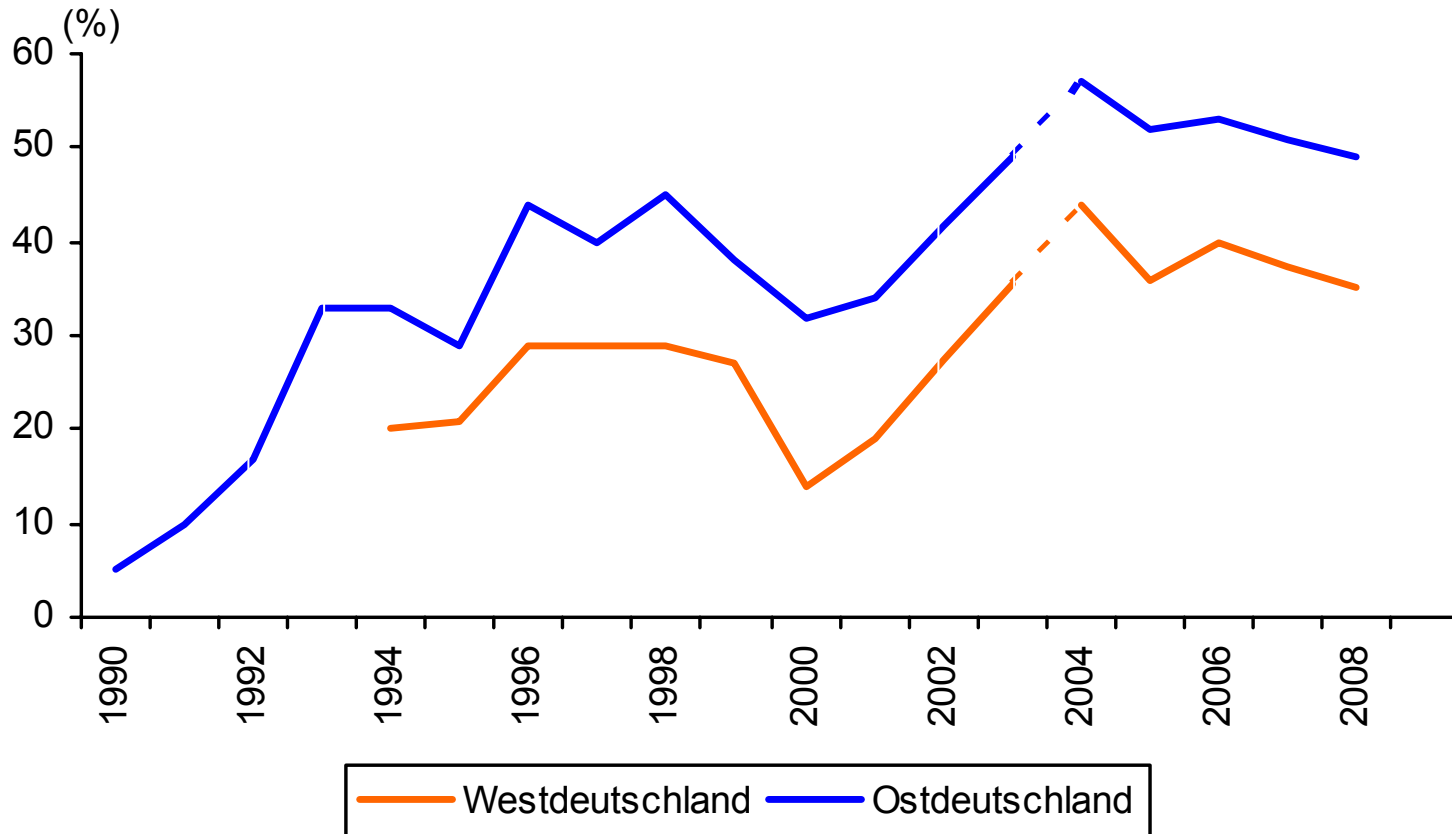
Prof. Dr. Claudia Buch (Vorsitz)

Prof. Dr. Friedrich Breyer

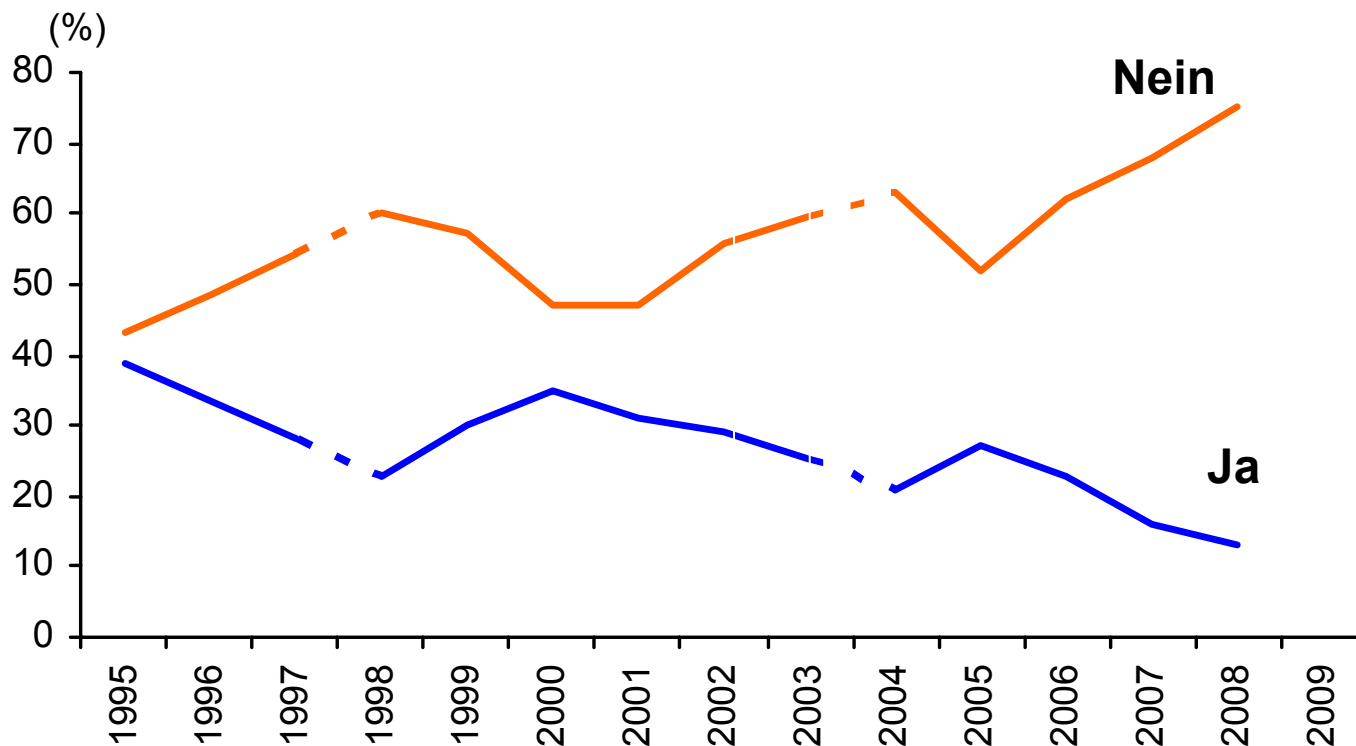
Prof. Dr. Ludger Wößmann

- Bereits seit längerer Zeit äußert sich eine zunehmende Zahl der Deutschen kritisch zum Wirtschaftssystem.
- Viele halten das marktwirtschaftliche System für ungerecht.
- Es wird vielfach gefordert, dass die Politik Einfluss auf die Verteilung der Einkommen nehmen und die Bürger besser vor den Risiken des Marktes schützen soll:
 - Gesetzliche Begrenzung von Managergehältern
 - Rücknahme von Teilen der „Agenda 2010“
 - Einführung gesetzlicher Mindestlöhne
 - Schutz schwächelnder Unternehmen

Eine *schlechte* Meinung vom Wirtschaftssystem in Deutschland haben ...



Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse gerecht?



Analyse des Beirats



1. Erfahrungen mit der Marktwirtschaft
2. Empirische Bestandsaufnahme
 - Einkommensverteilung
 - Einkommens- und Arbeitsmarktrisiken
 - Soziale Mobilität
3. Wirtschaftspolitische Alternativen
 - Gegen Eingriffe in die Preisbildung am Arbeitsmarkt
 - Schutz vor Einkommens- und Arbeitsmarktrisiken
 - Verbesserung der sozialen Mobilität



1. Erfahrungen mit der Marktwirtschaft

1. Erfahrungen mit der Marktwirtschaft



- Zentrale Elemente des marktwirtschaftlichen Systems:
 - Dezentrale Entscheidungsfindung
 - Rechtsordnung die Spielregeln vorschreibt, keine Spielergebnisse
 - Wettbewerb, der auch Risiko und Ungleichheit von Einkommen und Vermögen bedeutet.
- Zwischen den Zielen „Wachstum“ und „Verteilung“ besteht ein Konflikt. Der politische Prozess entscheidet, welche Gerechtigkeitsvorstellung sich durchsetzt.
- Mit einer stärkeren Betonung des Gleichheitsziels geht eine Einbuße an Dynamik einher.

1. Erfahrungen mit der Marktwirtschaft in Deutschland

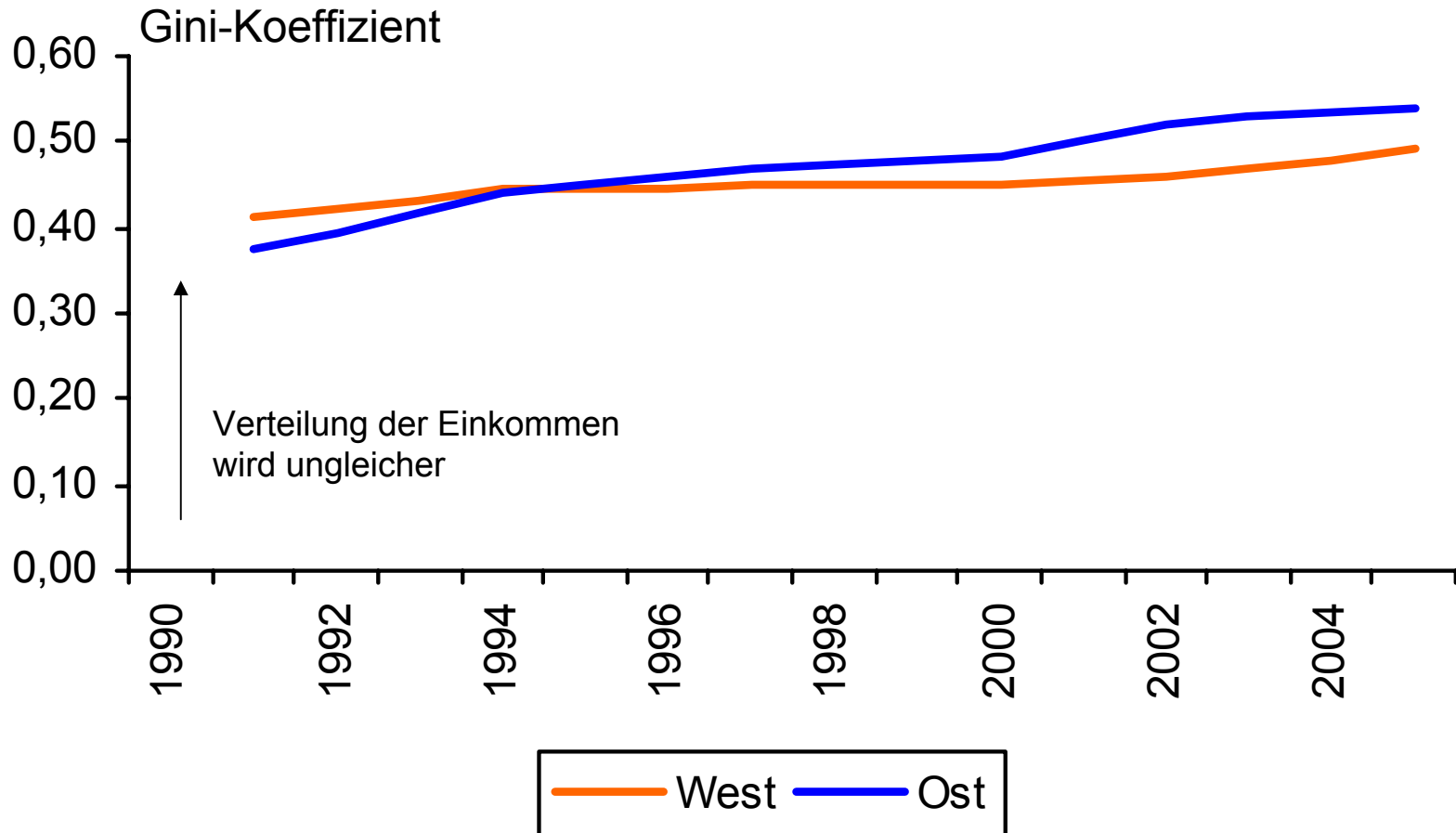


- In Deutschland gab es – gerade in der Nachkriegszeit – Zuwächse zu verteilen.
- Der Ausbau des Sozialstaates versprach Absicherung gegenüber Risiken.
- Der Vergleich mit dem niedrigen Lebensstandard in der DDR stabilisierte das System zusätzlich.
- Diese Rahmenbedingungen haben sich geändert.
- Bei geringerem Wachstum wird vermehrt über die Verteilung des Vorhandenen diskutiert.



2. Empirische Bestandsaufnahme

Die Verteilung der Bruttoeinkommen ist in den vergangenen Jahren ungleicher geworden.



Warum ist die Verteilung der Einkommen ungleicher geworden?



1. Globalisierung: Das Angebot an gering qualifizierten Arbeitskräften ist weltweit gestiegen.
2. Technischer Fortschritt: Die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften steigt tendenziell.
 - Diese Entwicklungen sind durch die nationale Politik kaum beeinflussbar.
3. Änderungen der Arbeitsmarktinstitutionen

Wie viel der Einzelne zum Leben hat, hängt nicht allein vom Markteinkommen ab.

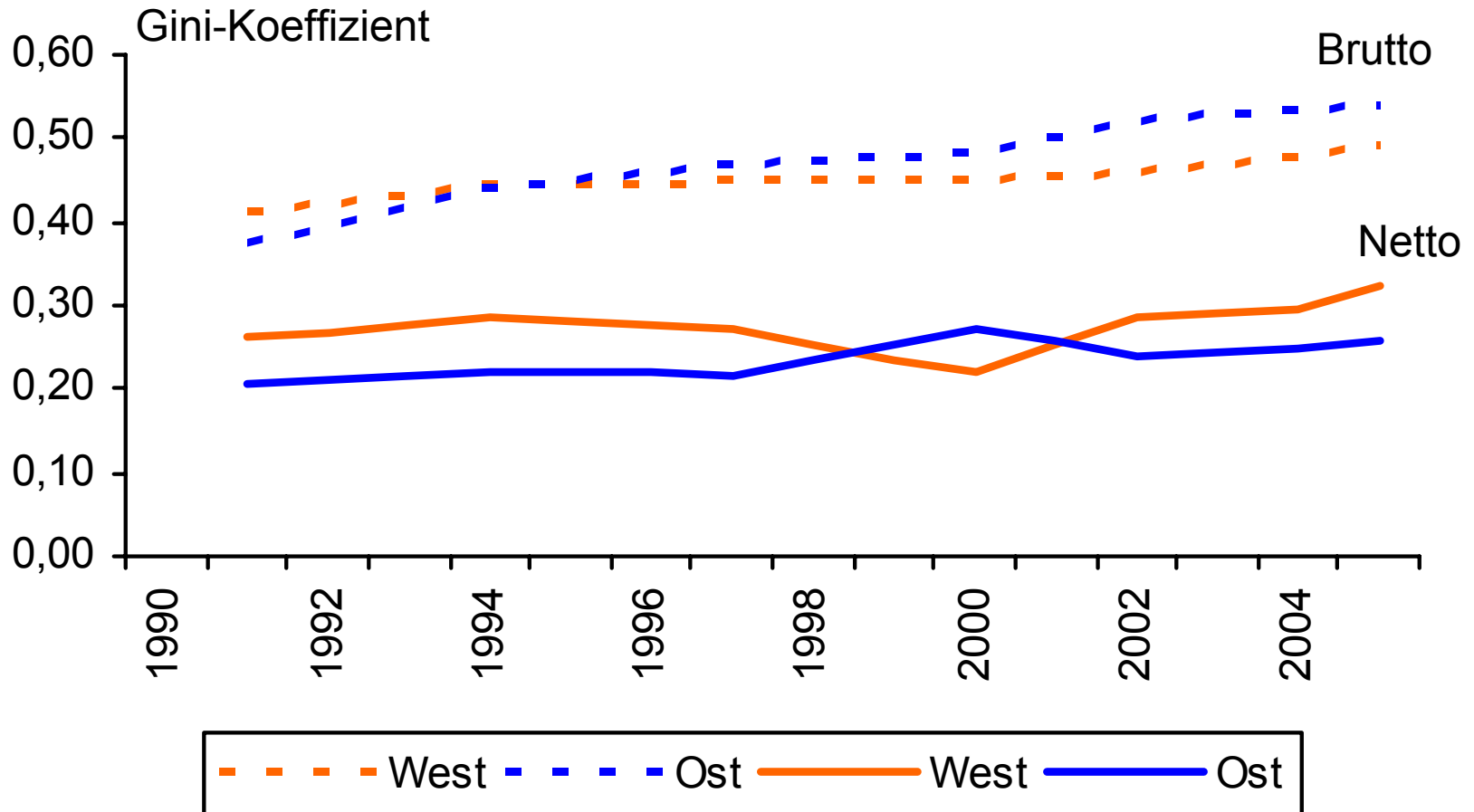


1. Umverteilung durch den Staat
 2. Die Haushaltsgröße muss berücksichtigt werden.
 - Zunahme der Single-Haushalte erhöht gemessene Ungleichheit.
- Effekte der Agenda 2010:
 - Arbeitslose kamen in subventionierte Beschäftigung.
 - Beschäftigte Geringverdiener erhielten Zuschüsse.
 - Ungleichheit dürfte sich vermindert haben.

Die Nettoeinkommen sind gleichmäßiger verteilt und weisen einen schwächeren Trend auf.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie





2. Empirische Bestandsaufnahme

- Arbeitsmarktrisiken: Gering Qualifizierte haben ein besonders hohes Risiko, arbeitslos zu werden – und zu bleiben.
- Einkommensrisiken: Die Mobilität zwischen Einkommensgruppen hat geringfügig abgenommen.
- Intergenerationale soziale Mobilität:
 - Der Arbeitsmarkterfolg wird stark von der Bildung beeinflusst.
 - Bildungsgrad und Bildungsleistungen hängen in Deutschland stärker als in anderen Ländern von der sozialen Herkunft ab.



3. Wirtschaftspolitische Alternativen

3. Wirtschaftspolitische Alternativen



- Verteilung der Einkommen
 - Kurzfristig: Eingriffe in den Preismechanismus
 - Langfristig: Bildungspolitik

- Einkommens- und Arbeitsmarktrisiken
 - Schutz vor der Globalisierung
 - Bessere Funktionsweise der Arbeitsmärkte

Gegen gesetzliche Mindestlöhne



- Gesetzliche Mindestlöhne führen in der Regel zum Abbau von Arbeitsplätzen.
- Verbesserung der Hinzuverdienstregeln von Transferempfängern ist eine sinnvolle Alternative.
- Vgl. auch Brief des Beirats vom März 2006

Keine gesetzliche Begrenzung von Vorstandsvergütungen



- Die Eigentümer und die Tarifpartner sollten in einem Unternehmen über die Entlohnung bestimmen – nicht der Staat.
 - In großen Publikumsgesellschaften sind aber die Kosten der Koordination für die Anteilseigner sehr hoch.
 - Transparenz und Offenlegungspflichten können daher sinnvoll sein.
- Bedingungen für die Unternehmenskontrolle sollten verbessert werden, ohne in die Lohnfindung einzugreifen.

Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsmärkte



- Kurzarbeitergeld federt die Krise derzeit ab, aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich aller Voraussicht nach verschlechtern.
- Zentrales Ziel muss es dann sein, die Menschen *schnell* wieder in Beschäftigung zu bringen.
- Agenda 2010 sollte nicht zurückgenommen werden: Anreize zur Aufnahme von Arbeit, Eingliederungszuschüsse, persönliche Betreuung
- Anreize zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sind wichtig.

Bildung und Verbesserung der sozialen Mobilität



- Bildung ist wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsmarkt und zur Verbesserung der Primärverteilung.
- Ziel sollte es sein, Menschen von Leistungen des Sozialstaates unabhängig zu machen.
- Erhöhung der Durchlässigkeit des Bildungssystems erfordert frühere Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern. Auch: Längeres gemeinsames Lernen

Fazit: Empirischer Befund



- Die Verteilung der Markteinkommen ist ungleicher geworden; die Politik kann sich dieser Entwicklung nicht ohne erhebliche Wohlfahrtsverluste entgegenstemmen.
- Der deutsche Sozialstaat gleicht diesen Trend weitgehend aus. Er hat insbesondere die Auswirkungen der Krise bislang weitgehend abgefangen.
- Die Einkommensverteilung wird langfristig von der Qualität des Bildungssystems und den Bildungschancen beeinflusst.

Fazit: Empfehlungen des Beirats

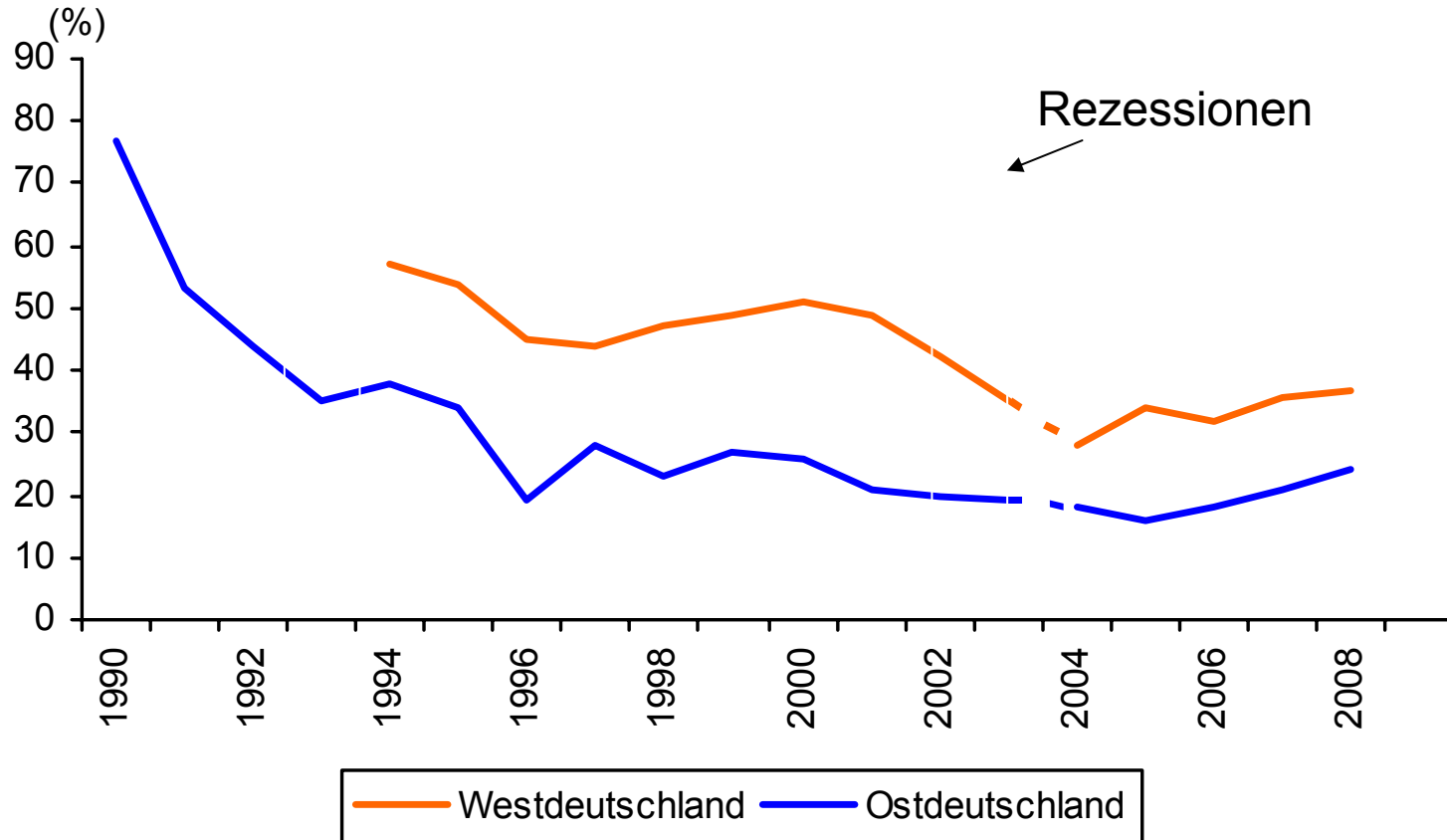


- Der Staat sollte Preise nicht unmittelbar diktieren: Keine Mindestlöhne, keine gesetzliche Begrenzung von Managergehältern.
- Langzeitarbeitslosigkeit ist das größte Armutsrisiko. Flexible Arbeitsmärkte mindern dieses Risiko: Keine Rücknahme der Agenda 2010.
- Wirtschaftspolitische Maßnahmen sollten im Bereich der Bildungspolitik ansetzen und auf bessere Chancen aller Bürger im Marktprozess abzielen.
- Protektionistische Maßnahmen können auf Dauer Arbeitsmarktrisiken nicht reduzieren.



Backup

Eine *gute* Meinung vom Wirtschaftssystem in Deutschland haben ...



- Nicht alle der oftmals geäußerten Sorgen zur Einkommensverteilung sind empirisch gut begründet.
- Woher rührt also die wahrgenommene Ungerechtigkeit?
 - Die Managergehälter sind stark gestiegen.
 - Es wird erwartet, dass auch Geringverdiener ein ausreichendes Arbeitseinkommen erhalten sollen.
 - Arbeitslosigkeit bedeutet – gerade in der Mittelschicht – Gefahr des Statusverlustes.

Keine Rücknahme der internationalen Integration



- Deutschland hat über Jahre hinweg von der Globalisierung profitiert. Das Sozialsystem dient auch dazu, einen Ausgleich zwischen den Gewinnern und den Verlierern der Globalisierung zu erreichen.
- Auch die Integration der Finanzmärkte birgt langfristig gesehen Vorteile – gerade für eine entwickelte Volkswirtschaft wie Deutschland.
- Protektionistische Maßnahmen und die Stützung einzelner Unternehmen bieten keinen wirksamen Schutz und sind mit geringerem Wachstum verbunden.
- (Vgl. Gutachten des Beirats 2006)